

# ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Sozial- und Arbeitsrecht leicht erklärt

Irrtümer rund um die Kündigung

Seite 3



Sonderteil: Kommunalwahlkampf  
5 Jahre Ratsfraktion:  
Anstrengende und erfolgreiche Jahre

Seite 4/5



Im Gespräch: Fabio de Masi  
Die europäische Idee, die Bundesregierung und DIE LINKE

Seite 6



Niema Mossavat, MdB:

Von deutscher Verantwortung  
in aller Welt

Seite 7

Unsere Kandidaten (v.l.n.r.) Corinna Ernst (Listenplatz 9), Wolfgang Freye (Platz 6), Udo Seibert (Platz 16), Yilmaz Gültekin (Platz 4), Gabriele Giesecke (Platz 1), Ezgi Güyüldar (Platz 3), Sonja Neuhaus (Platz 7), Hans-Jürgen Zierus (Platz 10), Herbert Bußfeld (Platz 8), (Freisteller unten:) Nina Herff (Platz 2), und (nicht auf dem Bild) Anabel Jujol (Platz 5),



Essen vor der Wahl:

## Messen Sie nach, was Ihnen bleibt!

Von Götz Lange und Ralf Fischer

**Nach fünf Jahren Ratsarbeit ist es Zeit für eine Bilanz. Was hat sich getan in unserer Stadt? Geht man dieser Tage durch Essen, fällt vor allem ein Thema ins Auge: Schultoiletten! Da ist freilich nichts passiert. Stattdessen wurden Schulhausmeister gestrichen. Ob der Plakatwahlkampf der richtige Ort ist, um glaubhaft Reue auszudrücken und Besserung zu geloben?**

Die Schultoiletten stehen symbolisch für die Stadtpolitik insgesamt. Ob Schulen oder andere Gebäude, ob Sportanlagen oder Bäder, ob öffentlicher Nahverkehr oder Straßenbau: Wir leben von der Substanz. Häuser verfallen, Geräte laufen auf Verschleiß, so wie die Schienen und der EVAG-Fuhrpark. Dieser Substanzverzehr bedeutet einen laufenden Werteverfall des städtischen Besitzes mit hohen Folgekosten, wenn eine Erneuerung nicht mehr zu vermeiden ist. Erneuern statt scheuern? Langfristig käme Instandhaltung billiger.

Ein anderer Dauerbrenner war das Recht auf einen Kita-Platz. Was aber sind ausreichend Kita-Plätze? Mit der Umwandlung von Vollzeitplätzen in Teilzeitplätze wurde zwar die Statistik geschönt. Doch berufstätige Eltern können mit 20-Stunden-Plätzen nicht viel anfangen. Inzwischen werden Tagesmütter eingesetzt, um die Versorgung einigermaßen hinzubekommen. Damit spart die Stadt auch Geld, denn Tagesmütter sind billiger als Kitas. Sie sind aber schon aus fachlichen Gesichtspunkten kein wirklicher Ersatz. Und fast

200 Kinder mit Rechtsanspruch stehen noch immer auf der Warteliste des Jugendamtes. Die Essener Kita-Landschaft: Stückwerk und Schönfärberei.

Andere städtische Leistungen wurden radikal zurück geschnitten. 2011 wurde das Jugendzentrum Papestraße geschlossen. Die Weststadthalle ist kein tauglicher Ersatz. Weder die Räume noch die Ausstattung sind vergleichbar, ganz zu schweigen vom Wegbrechen der gewachsenen Strukturen. Der „Treffpunkt Altendorf“ ist auf einen kläglichen ehrenamtlichen Rest geschrumpft, nachdem die Stadt die Weiterfinanzierung verweigert hat. Es fehlen in vielen Stadtteilen Essens soziokulturelle Zentren als Begegnungsorten für Jung und Alt, als Treffpunkte für Kultur- und freie Initiativen, und die Stadt

### „Unterlassene Hilfeleistung“

Bärendelle – mit geringem Mitteleinsatz möglich wäre. Die Schulsozialarbeit in Essen wird faktisch eingestellt. Erst sind 7,5 Millionen eigentlich zweckgebundener Gelder ungenutzt im Haushaltsloch verschwunden. Dann hat man halberzig etwas Schulsozialarbeit eingeführt. Und jetzt, wo die Gelder vom Bund auslaufen, macht man alles wieder dicht. Schulsozialarbeit aber ist unverzichtbar für die Arbeit der Schulen. Sie muss weitergeführt werden, aus welchem Topf auch immer.

Gekürzt wird auch direkt am Personal, und zwar nach der Methode „Rasenmäher“. Seit dem berüchtigten „1000-Stellen-Beschluss“ des Viererbündnisses aus CDU, FDP, EBB und GRÜ-

NEN vom Juni 2010 herrscht bei der Stadt Einstellungsstopp. Leistungseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger, Arbeitsverdichtung und ein rekordverdächtiger Krankenstand bei der Stadt sind die Folge. Auch die Weiterbeschäftigung befristeter Beschäftigter und die Übernahme von Auszubildenden ist weitgehend ausgesetzt. Zusätzlich werden Beschäftigten

### Einstellungsstopp bei der Stadt

Tariflöhne vorenthalten wie bei der EABG oder bestehende Tarifverträge durch Ausgründungen, Leiharbeit und andere Konstruktionen unterlaufen. Ganz konkret sichtbar sind die Folgen bei der Lebensmittelüberwachung. Schon vor gut einem Jahr hat das Rechnungsprüfungsamt festgestellt, dass die Kontrollen nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt werden könnten. Insbesondere unangemeldete Kontrollen blieben nahezu völlig aus. DIE LINKE konnte zwar weitere Personalkürzungen verhindern. Ein Beheben des Missstandes war

mit der Ratsmehrheit aber nicht zu machen. Der Burger-King-Skandal zeigt: Schwarze Schafe in der Lebensmittelbranche müssen sich in Essen keine Sorgen machen, der nächste Skandal ist programmiert. Die praktisch nicht vorhandenen Öffnungszeiten im stolz eingeweihten Haus der Geschichte gehen maßgeblich auf den 1000-Stellen-Beschluss zurück. Auch bei den Kürzungen in der Folkwang Musikschule und den Stadtteilbibliotheken ließ die Stadt nicht mit sich über geringfügige Beträge reden. Beim Bürgerbegehren KulturgutEssen wurden willkürlich Unterschriften nicht anerkannt und behauptet, die Kürzungen seien bloße Verwaltungssache. Der Bürgerwille wird ignoriert, bis



darüber – voraussichtlich im Herbst – gerichtlich entschieden wird.

Die Straßen haben Löcher, das Stadtsäckel auch. Was bleibt? Messen. Hier werden Millionenbeträge investiert. Der von der Partei DIE LINKE mit angeschobene Bürgerentscheid hat den Kosten glücklicher Weise einen Deckel aufgesetzt. Doch auch der jetzt diskutierte Umbauplan mit bis zu 80 Millionen Euro ist immer noch gigantisch. Da tun jetzt CDU bis GRÜNE so, als wäre alles gut, dabei fehlt immer noch ein tragfähiges Messe-Konzept, das Umbauten in diesem Umfang erst rechtfertigen könnte. Allein mit dem Geld, das für die Messe Essen verpulvert wird, könnte man einen Großteil der oben genannten Probleme lösen.

Andere haben was übrig für Messen. Wir haben was übrig für Essen!

**& Kurz & Knapp**

**Haus der Geschichte, Folge 68**

Endlich geöffnet! Aber nur donnerstags von 14 bis 18 Uhr. Besetzt nicht durch Fachleute, sondern durch abgestelltes Personal anderer Dienststellen. So sieht es aus, wenn die Stadt ein Problem lösen will. Immerhin ein Teilerfolg für den öffentlichen Protest. Liebe Bürgerinnen und Bürger: weitermachen!

**EBE-Skandal, Folge 175**

Nach sechsstelliger Vergütung für praktisch Nichts an Herrn Hoppensack, nach kostenlosen Fußballkarten für viele gute Freunde, nach ungerechtfertigten Gehaltserhöhungen für Betriebsräte und Dienstwagenprivilegien nun auch noch das kostenlose Fahrdienste für Bürgermeister. Wer glaubt, dass das nur die SPD betraf? Und wer glaubt noch, dass das alles war? EBE – Fortsetzung folgt!

**JobCenter, Folge 226**

Auf eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE gab die Stadt jetzt bekannt: 6.045 Widersprüche wurden 2013 gegen Bescheide des JobCenters eingelegt, 387 mehr als 2012. 17 Prozent betrafen die Anrechnung von Einkommen und Vermögen, 15 Prozent die Wohnungs- und Heizkosten. Die Bearbeitungsdauer: durchschnittlich sieben Monate.

Was die Antworten nicht verraten: Die Stadt bezahlt auch die Anwälte nicht. Im Widerspruchsverfahren ohne Gericht gilt die Anwaltsrechnung als „Antrag auf Leistungen“. Der wird wie üblich erstmal verschleppt. Da ist die Stadt ganz consequent: Warum soll es den Anwälten besser gehen als ihren Mandanten?

## Sahra kommt!



**Wahlkampf-Abschluss:**

**Am 22. Mai, ab 15.00 Uhr,**

**kommt Sahra Wagenknecht**

**auf den Kennedy-Platz!**

Kommentar zum Stadtgeschehen

## Sie haben die Wahl!

Von Ralf Fischer

Die Amtszeit des Rates ist zu Ende. Und wider Erwarten trat zum Schluss doch noch etwas Ehrlichkeit auf den Plan: Die rund 19 Millionen RWE-Aktien, die die Stadt und ihre Tochtergesellschaften bislang mit einem Wert von 75,92 Euro pro Stück bilanzierten, sind jetzt nur noch 26,61 Euro wert. Und angesichts der von RWE verschleuderten Energiewende ist der Kursverfall vielleicht noch nicht am Ende. Die buchhalterische Abwertung des Aktienpaketes bringt der Stadt nun einen Verlust von rund 680 Millionen Euro und damit den Haushalt in höchste Not. Die Überschuldung droht. DIE LINKE war es, die als erste im Rat die Abwertung gefordert hat, damit die Stadt sich nicht länger selbst belügt und ein Vermögen ausweist, das es nicht mehr gibt. Doch niemand gibt gerne zu, wenn sich politische Versprechungen in Luft auflösen. Daher musste Kämmerer Lars Martin Klieve zu diesem Schritt erst gezwungen werden. Abgewartet wurde bis zum letztmöglichen Moment, gemeinsam mit anderen NRW-Kommunen. In dieser achtbaren Gesellschaft, so die Hoffnung des Kämmerers, fiel das eigene politische Versagen nicht so auf. Und was waren das für Luftschlösser: Genügend sparen,



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

spricht: kürzen, würde schon dafür sorgen, bereits 2015 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren und die Kommune wieder handlungsfähig machen zu können. CDU wie GRÜNE, FDP wie EBB, waren die treibenden Kräfte dieses Unfalls, eine unentschlossene SPD und ein schwacher Oberbürgermeister machten mit. Und nun: Pustekuchen! Der Haushaltsausgleich ist erstmal auf 2017 verlegt. Alles halb so schlimm, so die Botschaft des Kämmerers, schließlich verlangt der „Stärkungspakt“ des Landes NRW ihn erst für 2021. Der Sinn dieser Politik der „Wiederbande“ erschließt sich in der Rückschau. Kräftig kürzen bei den Kleinen – bei Stadtbibliotheken, Bürgerämtern, der Kultur, beim Sport und den Beschäftigten –, das suggeriert der Aufsichtsbehörde in Düsseldorf, man tue alles, um aus den Schulden raus zu kommen. Das ermöglicht auf der anderen Seite die kreative Finanzierung der so geliebten Großprojekte: von der Philharmonie über das Stadion bis zur Messe. Hier hatte die Aufsichtsbehörde nie etwas dagegen. Diese Politik zugunsten der Großen auf Kosten der Kleinen ist jetzt endgültig gescheitert. Essen hat am 25. Mai die Wahl, ob sie fortgesetzt wird oder gestoppt werden kann!

## Freigabe in Essen und überall

# Hanf-Dampf in allen Gassen?

Die positiven Erfahrungen mit „Cannabis Social Clubs“ in Belgien, Spanien & Co. ermutigen offenbar Hanf-Aktivistinnen auch hierzulande. Nun brachte DIE LINKE im April 2014 in den Rat der Stadt Essen einen Antrag ein, der die kontrollierte, legale Abgabe von Cannabis fordert, und hat damit eine neue Debatte ausgelöst.

Mit ihrem Antrag folgte DIE LINKE den Einschätzungen vieler WissenschaftlerInnen, darunter StrafrechtlerInnen und MedizinerInnen, dass die Cannabis-Legalisierung der einzig richtige Schritt sei. Die Politik der Verbote so genannter „weicher“ Drogen sei gescheitert, das lasse sich auch in den Straßen unserer Stadt beobachten. Der Fraktionsvorsitzende Hans Peter Leymann-Kurtz forderte die anderen Ratsparteien öffentlich auf, „die ideologischen Schützengräben zu verlassen und endlich eine Drogenpolitik zu etablieren, in der die Gesundheit und der Schutz des Menschen im Mittelpunkt stehen.“

SPD und CDU lehnten den Vorstoß im Rat natürlich ab und bezeichneten Cannabis als Einstiegsdroge. „Die Schädlichkeit von Cannabis ist wissenschaftlich erwiesen.“ So lautet der Grundtenor einiger Cannabisgegner. Doch wird in keiner wis-

senschaftlichen Untersuchung die Schädlichkeit wirklich nachgewiesen. Die Studien, die eine Schädlichkeit des Cannabis-Konsums auf den menschlichen Körper postulieren, halten den heutigen wissenschaftlichen Standards nicht stand.

Legalisierung bekämpft Kriminalität

Auch in Münster wurde ein Bürgerantrag zur Eröffnung eines „Cannabis-Clubs“ bei der Stadt eingereicht. Drei Hanf-Aktivistinnen möchten, dass die Cannabis-Legalisierung der einzige richtige Schritt sei. Die Politik der Verbote so genannter „weicher“ Drogen sei gescheitert, das lasse sich auch in den Straßen unserer Stadt beobachten. Der Fraktionsvorsitzende Hans Peter Leymann-Kurtz forderte die anderen Ratsparteien öffentlich auf, „die ideologischen Schützengräben zu verlassen und endlich eine Drogenpolitik zu etablieren, in der die Gesundheit und der Schutz des Menschen im Mittelpunkt stehen.“

In ihrem Antrag plädieren sie für ein Modell, das immer beliebter zu werden scheint: Mitglieder eines „Cannabis Social Clubs“ bauen das Cannabis selbst an, pflegen und ernten die Pflanze zusammen. Der Effekt solcher „Cannabis Social Clubs“ ist nicht nur ein ungestrecktes, qualitativ hochwertiges Produkt, sondern auch eine starke Schwächung der Dealerszene. Der Forderung

nach einer Legalisierung folgen auch über 120 StrafrechtsprofessorInnen in einem offenen Brief an die Bundesregierung.

In den USA, Uruguay und überall

Nicht nur in Deutschland diskutiert man die Legalisierung von Cannabis. 40 Gramm pro Person und Monat: Als erstes Land hat Uruguay den begrenzten Handel mit Marihuana legalisiert. Der Deutsche Hanfverband spricht bereits von einem Anfang vom Ende der weltweiten Cannabis-Prohibition. Sogar in Teilen der Vereinigten Staaten ist die Illegalität vorbei: Seit Anfang 2014 ist der freie Verkauf von Cannabis im Bundesstaat Colorado ab einem Alter von 21 Jahren erlaubt. Viele BürgerInnen feierten auf „Pot Partys“ ins neue Jahr hinein. Grund der Legalisierung war ein Referendum, bei dem sich 62 Prozent der Befragten für die Legalisierung ausgesprochen hatten.

Immerhin hat auch der Rat der Stadt Essen den LINKEN-Antrag nicht rundheraus abgelehnt, sondern in den Fachausschuss verwiesen, Ausgang offen. Die Linksjugend ist gegen eine Politik der Verbote. Wir fordern die sofortige Entkriminalisierung von Drogenkonsum. Jeder hat das Recht auf Rausch!



## SPD-Oberbürgermeister blockiert Tarifvertrag

Nach wie vor will Reinhard Pass den EABG-Tarifvertrag nicht umsetzen

Es ist ein Trauerspiel. Nach monatelangen Diskussionen hat der Rat der Stadt Essen im Februar zum zweiten Mal mehrheitlich einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zugestimmt, dass der von der Gewerkschaft ver.di mit der der Essener Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft (EABG) ausgehandelte Tarifvertrag umgesetzt werden soll. Doch statt den Ratsbeschluss umzusetzen, halten Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD) und Kämmerer Lars Martin Klieve (CDU) die 300 Beschäftigten weiter hin. Begründung nach wie vor: Die Kassenlage der Stadt.

Zurzeit überlegen die Beschäftigten, wie sie noch im Kommunalwahlkampf Druck für den Tarifvertrag machen können. Dabei liegen die vereinbarten Entgelte ohnehin um 20 Prozent unter denen des allgemeinen Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst. Damit entspricht er dem ebenfalls vom Rat beschlossenen „Konsens für Arbeit“ voll und ganz. Dieser Beschluss sieht für städtische Betriebe eine Möglichkeit zur Absenkung von Tarifen vor, wenn die städtischen Betriebe sonst im Wettbewerb nicht bestehen könnten.

Obwohl DIE LINKE diese Abstriche immer abgelehnt hat, hat sie sich entschieden für den Tarifvertrag eingesetzt. Er wäre eben deutlich besser als der jetzige tariflose Zustand, die untersten Entgeltgruppen würden bis zu 300 Euro mehr im Monat erhalten. Ein städtischer Betrieb ohne Tarifvertrag, mit Entgelten, die mehrere Hundert Euro unter denen des Öffentlichen Dienstes liegen, setzt völlig falsche Maßstäbe. Er öffnet auch Tür und Tor für Tarifrucht für andere städtische Gesellschaften. Eine Bezahlung je nach Kassenlage der Stadt ist für die Beschäftigten aber unzumutbar.

„Die Beschäftigten der EABG leisten gute Arbeit, dafür müssen sie auch gut bezahlt werden – und zwar jetzt!“, erklärte Gabriele Giesecke, Spitzenkandidatin für DIE LINKE und Mitglied im Aufsichtsrat einer EABG-Gesellschaft. „Ich habe kein Verständnis dafür, dass ein SPD-Oberbürgermeister sich von einem CDU-Kämmerer quasi am „Nasenring“ vorführen lässt, wenn es um Arbeitnehmerrechte geht. Die SPD, die sich für den Tarifvertrag ausgesprochen hat, sollte den Oberbürgermeister schnellstens ins „Tarifboot“ zurückzuholen.“ Ironie der Geschichte: Die Tarifverhandlungen, die die Geschäftsführung der EABG mit ver.di geführt hat, waren natürlich mit dem Oberbürgermeister abgestimmt. Genau mit dem, der das Ergebnis jetzt torpediert.

Wolfgang Freye

### Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit dem BürgerInnenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. September 2014.

## Sozial- und Arbeitsrecht leicht erklärt

# Irrtümer rund um die Kündigung

Eine der kritischsten, oft als existenzbedrohend empfundenen Situationen im Arbeitsleben ist der Verlust des Arbeitsplatzes, ob ungewollt oder gewollt, ob tatsächlich, bevorstehend oder „nur“ befürchtet. Entsprechend gibt es, insbesondere im Internet, eine Vielzahl von Informationen, die sich um Kündigung, Kündigungsschutz, Abmahnungen u.ä. drehen. Manche dieser Informationen sind nützlich, mache weniger und einige gefährlicher Unsinn. Mit der letzten Art, den weit verbreiteten Legenden zum Arbeitsrecht, befasst sich dieser Artikel.

Von Rechtsanwältin Carsten Dams

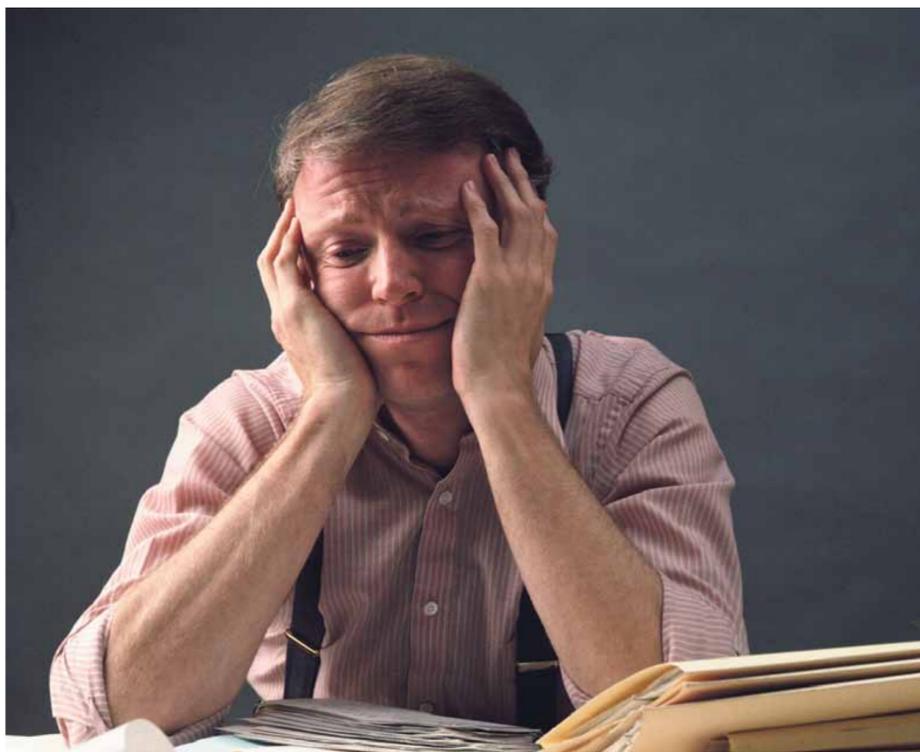
Legende Nr. 1: „Während ich krank bin, kann/ darf mir nicht gekündigt werden.“

Falsch. Der Umstand, dass man bei Zugang einer Kündigung arbeitsunfähig erkrankt war, ändert allein nichts an der Wirksamkeit der Kündigung. Dies müsste man gesondert angehen. Anders kann es sich verhalten, wenn wegen Krankheit gekündigt wird. An eine solche Kündigung stellen das Kündigungsschutzgesetz und die Rechtsprechung recht hohe Anforderungen, u.a. eine negative Zukunftsprognose, also dass auch zukünftig mit erheblichen krankheitsbedingten Fehlzeiten zu rechnen ist. Auch hier müsste aber rechtzeitig Kündigungsschutzklage erhoben werden.

Legende Nr. 2: „Gegen eine Abmahnung muss ich immer vorgehen, sonst ist das ein Schuldeingeständnis.“

Nein. Eine Abmahnung (zunächst) widersprochen hinzu nehmen, sagt nichts über deren Rechtmäßigkeit aus. In den allermeisten Fällen dürfte es sogar die grundlegend falsche Taktik sein, gegen eine Abmahnung gar gerichtlich vorzugehen, obwohl dies möglich ist.

Hierzu muss man sich verdeutlichen, was eine Abmahnung eigentlich ist und bezweckt. Mit der Abmahnung bringt der Arbeitgeber zum Ausdruck, dass er nicht gewillt ist, ein bestimmtes (Fehl-) Verhalten des Arbeitnehmers hinzunehmen. Er warnt den Arbeitnehmer, dass ein erneuter Verstoß zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses führen kann. Diese Warnung wird deshalb erteilt, weil (in den allermeisten Fällen, außer bei extremem Fehlverhalten) die Arbeitsgerichte eine Abmahnung verlangen, bevor sie eine verhaltensbedingte Kündigung für wirksam erachten. Aus eben diesem Grund wird im Kündigungsschutzprozess ohnehin geprüft, ob Abmahnungen vorliegen und ob diese berechtigt waren. Erst an dieser Stelle können – und sollten – etwaige Einwendungen gegen eine Abmahnung geltend gemacht werden. Eine vorherige, erzwungene ge-



richtliche Überprüfung ist daher regelmäßig überflüssig und kann sich negativ auf das im Arbeitsverhältnis ggf. noch bestehende gegenseitige Vertrauen auswirken.

Legende Nr. 3: „Wer verliert zählt. Wenn ich gegen eine Kündigung vorgehe und verliere, muss ich meinen Anwalt, den Anwalt des Arbeitgebers und die Gerichtskosten zahlen. Das kann ich mir nicht leisten.“

Schockiert, verzweifelt, wütend: Nach einer Kündigung sind das oft die vorherrschenden Gefühle. Aber gerade jetzt heißt es kühlen Kopf bewahren.

Ja, so verhält sich das in den meisten Rechtsgebieten. Nur nicht im erstinstanzlichen Arbeitsgerichtsprozess. Vom Gesetzgeber und dem größten Teil der Rechtswissenschaft wird Arbeitsrecht als „Arbeitnehmerschutzrecht“ aufgefasst und darauf geachtet, wo möglich „Waffengleichheit“ herzustellen.

Dies schließt ein, dass Arbeitnehmern nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen die

Rechtsdurchsetzung unmöglich sein soll.

Das Problem hat der Gesetzgeber so gelöst, dass im arbeitsgerichtlichen Prozess erster Instanz jeder seine außergerichtlichen Kosten – sprich Anwaltskosten – selbst zu tragen hat, unabhängig vom Ergebnis des Prozesses.

Eine richtig gewählte Rechtschutzversicherung würde Sie, soweit vorhanden, weit gehend von verbleibenden eigenen Kosten freistellen. Daher sollte eine sinnvolle Rechtsschutzversicherung für Arbeitnehmer immer auch Arbeitsschutzschutz beinhalten. Ist eine solche nicht vorhanden, kann bei entsprechenden finanziellen Verhältnissen jedoch auch ein Anspruch auf Prozesskostenhilfe bestehen. Sollte das sind nur drei von unzähligen Sachverhalten, in denen „das Internet“ ein schlechter Ratgeber sein kann, mit unüberschaubaren Folgen für betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Verlust des Arbeitsplatzes wird beim Bezug von Arbeitslosengeld I oder II (Hartz4) von der Behörde gerne zum Anlass genommen um zu prüfen, ob ein „leistungsschädliches“ Verhalten vorliegt. Das ist dann gegeben, wenn man angeblich am Ende des Arbeitsverhältnis-



Rechtsanwalt Carsten Dams

ses „selbst Schuld“ ist, sei es wegen vermeintlichen Fehlverhaltens, sei es weil man selber gekündigt oder einen Aufhebungsvertrag geschlossen hat.

Stellt die Behörde ein solches Verhalten fest, wird dies wahltskosten – selbst zu tragen hat, unabhängig vom Ergebnis des Prozesses.

bei der Arbeitsagentur zu Leistungssperren, beim JobCenter zu Kürzungen, so genannten „Sanktionen“, führen. Viele dieser behördlichen Entscheidungen sind rechtswidrig, gerade wenn ein echter Grund zur Beendigung der Beschäftigung vorliegen hat. Gegen solche unrechtmäßigen Kürzungen sollte man vorgehen.

In so entscheidenden Situationen wie dem Umgang mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses oder einer Abmahnung empfiehlt es sich, anwaltlichen Rat man im Leistungsbezug stehen, ist dies der Regelfall. Niemand muss aus finanziellen Gründen auf sein Recht verzichten.

### Fristen beachten und Rat einholen

einzuholen. Hierbei gilt es zu beachten, dass mit dem Zugang einer Kündigung verschiedene Fristen zu laufen beginnen – sei es die Frist für eine Kündigungsschutzklage (3 Wochen), sei es die Meldefrist bei der Bundesagentur für Arbeit (unverzüglich = 3 Tage) –, die man zur Vermeidung von Nachteilen einhalten muss. Auch die Anfechtung von Sperren und Sanktionen durch die Behörden ist fristgebunden. In der Regel hat man hier nur einen Monat Zeit.

Über zu vermeidende „Fallstricke“ wird Sie der von Ihnen gewählte anwaltliche Berater – ggf. gerne auch der Autor – informieren. Eine Vertretung gegenüber

Arbeitgebern, Behörden oder bei Gericht ist dabei möglich.

Obwohl es sich um ein anderes Thema handelt, wird aus gegebenem Anlass darauf hingewiesen, dass das Bundessozialgericht eine Nichtzulassungsbeschwerde gegen ein Urteil des Landessozialgerichts Essen zurückgewiesen hat, das für viele von Hartz4-Betroffene höhere Leistungen vorsieht, wenn die Übernahme der Mietkosten gekürzt wird. Das Urteil ist damit rechtskräftig und muss von der Stadt Essen umgesetzt werden. In Betracht kommt dies für Menschen, die eine angeblich zu hohe Grundmiete haben, dafür aber recht niedrige Nebenkosten. Sollte diese Gestaltung auf Sie zutreffen, könnten Sie Anspruch auf mehr Geld haben. Auch hier gilt: Beratung hilft!

Der Verfasser ist Rechtsanwalt mit Tätigkeitsschwerpunkt Arbeitsrecht sowie Fachanwalt für Sozialrecht in Essen-Steele. Im Sozialrecht (Hartz4 und Grundsicherung) berät er Betroffene an vier Terminen wöchentlich kostenfrei.

Die Termine sind unter [www.bg45.de](http://www.bg45.de) einsehbar. Internet: [www.rechtsanwalt-essen.info](http://www.rechtsanwalt-essen.info). Terminanfrage auch unter 0201-5147472.

Buchtipp: Er ist wieder da



Adolf Hitler erwartet zu neuem Leben, zurück in Berlin im Jahr 2011, und startet eine Fernsehkarriere als Demagoge. Alle Seiten waren nicht aufeinander vorbereitet. Laut Autor Timur Vermes ist im Buch die Figur, Adolf Hitler, erschreckend real. Mittels der Bestandsaufnahme des A. Hitler wird uns als Gesellschaft mahnend der Spiegel vorgehalten. Was die Leserschaft anhand des Werkes lernen kann, ist eine vernünftige Entscheidungsgrundlage zum eigenen Medienumgang wie beispielsweise dem Bertelsmann Verlag, Burda Verlag, Springer Verlag, Google Konzern, Facebook, Twitter, Yahoo etc.

Der Autor Timur Vermes wurde 1967 als Sohn einer Deutschen und eines Flüchtlings aus Ungarn geboren, studierte in Erlangen Geschichte und Politik und arbeitet seither als Journalist.

Erschienen ist das Buch über 400 Seiten im Eichborn Verlag mit der ISBN 978-3-8479-0517-2 und kostet zirka 19,33 EUR. Christoph Maria Herbst, bekannt als „Stromberg“, las das Hörbuch über sechs CD's, 411 Minuten, ISBN 978-3-7857-4741-4, zirka 12,99 EUR. Eine Hörprobe gibt es unter [YouTube.com](http://YouTube.com): „Adolf Hitler vs. NPD“.

Jimmy Bulanik

## Neues von der Bärendelle

# Luftschloss statt Soziokultur?

Über die zukünftige Nutzung der ehemaligen Frohnhauser Hauptschule an der Bärendelle will die Stadt Essen ausschließlich mit einem „Investor“ verhandeln, der dort Wohnungen errichten will. Ein Antrag der Partei DIE LINKE im Rat, das unter Denkmalschutz stehende Gebäude nicht zu verkaufen, wurde am 9. April 2014 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und EBB abgelehnt. Die Bürgerinitiative Bärendelle mobilisiert weiter für ihr Konzept.

Essener Morgen: Die Bürgerinitiative Bärendelle sieht in den Plänen des Investors, einer „Stiftung Mein Wohnen“ der Cepheus Wohnen GmbH & Co. KG, nach einer Pressemitteilung „eine große Gefahr für den Stadtteil und das Gebäude selbst. Hier wird ... ein Luftschloss konstruiert.“ Du arbeitest in der Bürgerinitiative mit. Wie siehst Du die Zukunft der Bärendelle?

Udo Seibert: Wir haben in Frohnhausen Wohnungsleerstand und brauchen eigentlich keine zusätzlichen Wohnungen. Vielmehr brauchen die Menschen in unserem dicht besiedelten Stadtteil Freiräume für ihre Interessen und Bedürfnisse: Platz für Kinder, Jugendliche, Senioren und junge Familien ohne kulturelle Grenzen. Ein soziokulturelles Zentrum eben. Eine Mischung aus Wohnen und Kultur wird nicht gehen, denn wie soll sich ein buntes Leben – Proberäume für junge Musiker/innen, Theater, Kino und Konzer-



te – mit dem berechtigten Ruhebedürfnis von Mietern in einem Haus vertragen? Außerdem führen die geplanten Ein-, An- und Umbauten für 60 Wohnungen mit Balkon oder Loggia zwangsläufig zu drastischen Veränderungen am Gebäude. Da nicht nur die Fassade sondern auch die imposanten Treppenaufgänge und Flure unter Denkmalschutz stehen, bleibt eine Nutzfläche von ca. 2.500 qm. Wenn davon noch 500 bis 1.000 qm für soziokulturelle Zwecke bereitgestellt werden, bleiben pro Wohnung noch ca. 30 qm übrig. Soll hier die Mathematik neu erfunden werden?

Essener Morgen: Wie schätzt Du die Baukosten ein, von denen die Rede ist?

Udo Seibert: Die vom Investor genannte Summe von 5 bis 6 Millionen Euro für eine Wohnungsanierung scheint unrealistisch. Die Anneliese-Brost-Stiftung war – bei einem ähnlichen Konzept – von einem Investitionsaufwand von 15 bis 16 Millionen ausgegangen. Wenn man weiß, dass die Stadt die Kosten für die Erhaltung der Bausubstanz und Renovierung als Schule oder auch als soziokulturelles Zentrum mit 5 Millionen beziffern, so fragt man sich: Wo sitzen hier die Rechenkünster?

Udo Seibert: DIE LINKE fordert für jeden Stadtteil ein sozio-

kulturelles Zentrum als Begegnungsstätte, als Ort für Veranstaltungen. So etwas fehlt in Frohnhausen bislang. Die Bärendelle wäre hierfür sehr gut geeignet. Zudem liegt in der Nähe der alten Schule ein seit Jahren ungenutztes Grundstück der Stadt. Auf diesem Grundstück will die Bürgerinitiative einen Nachbarschaftsgarten errichten. Obwohl dies von Grün & Gruga befürwortet wurde, lehnte die Stadt dies ab mit der Begründung, dass man nichts tun wolle, was den Investor stören könne. Die Stadt täte gut daran, den Bürgerwillen nicht zu ignorieren und das Konzept eines soziokulturellen Zentrums ernsthaft zu prüfen.

Essener Morgen: Die Stadt will jetzt ausschließlich mit diesem Investor reden. Was hat das zu bedeuten?

Udo Seibert: „Exklusive Verhandlungen“ mit dem Investor – so haben wir dies in der Bürgerinitiative kritisiert – nennt man das, wenn überhaupt nur ein Investor da ist. Das hauptsächlich Ziel der Stadt scheint zu sein, sich nicht mehr mit der Bürgerinitiative beschäftigen zu müssen. Das zeigt deutlich, dass für die Mehrheit der Ratsparteien „Bürgerbeteiligung“ nur ein Wort ohne Bedeutung ist. Die Bürgerinitiative Bärendelle hat immerhin 200 eingetragene Mitglieder und ungezählte Sympathisanten. Aus meiner Sicht: Die ehrliche und echte Bürgerbeteiligung gibt es nur mit einer starken Partei DIE LINKE!



Udo Seibert, 67, kandidiert für die Bezirksvertretung Essen-West und im Wahlbezirk Frohnhausen-Nord für den Rat der Stadt Essen.

# Wir haben was übrig für Essen



Die „alte“ Linksfraktion: Gabriele Giesecke, Hans Peter Leymann-Kurtz, Wolfgang Freye, Janina Herff, Claudia Jetter (v.l.n.r.)

## Fünf Jahre DIE LINKE im Rat der Stadt Essen

### Anstrengende und erfolgreiche Jahre

Bei der Kommunalwahl am 30. August 2009 erhielt DIE LINKE Stadtweit 11.990 Stimmen, das waren 5,6 Prozent. Damit zogen mit Hans Peter Leymann-Kurtz, Gabriele Giesecke, Janina Herff, Claudia Jetter und Wolfgang Freye fünf Genossinnen und Genossen in den Rat der Stadt ein.

H Von Theobald Tiger und Petra Panther

Inzu kamen etwa 20 sachkundige Bürgerinnen und Bürger, die DIE LINKE in den verschiedenen Ausschüssen vertreten, sowie Bezirksvertreterinnen in den Stadtbezirken. Nun liegen fünf anstrengende, aber auch erfolgreiche Jahre hinter uns. Herzlichen Dank an alle, die uns damals gewählt haben. Ihr habt es nicht umsonst getan. Freilich seid Ihr zumeist nicht diejenigen, die bei der Wahl ihre Stimme abgeben und meinen, dann mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun zu haben. Das haben wir deutlich bei den Bürgerbegehren gegen die Kürzungen im Kulturbereich (Kulturgut Essen) und für eine maßvolle Entwicklung (Bürger begehren - Messe Essen) gemerkt, die wir beide nach Kräften unterstützt haben. Zur Messe-Erweiterung hatten wir davor bereits in zwei Anläufen einen Ratsbürgerentscheid gefordert. Derart große Investitionssummen sind Richtungsentscheidungen für die ganze Stadt. So etwas sollten die Bürgerinnen und Bürger aus unserer Sicht selbst entscheiden. Wir waren auch die einzige Fraktion, die im Sinne der Mehrheit der Bürger gegen die Schließung des beliebten Oase-Bades gestimmt hat. Nachdem sie nicht mehr zu verhindern war, haben

wir die restlichen Punkte des Bäderkompromisses mitgetragen und waren maßgeblich am Zustandekommen einer halbwegs ordentlichen Lösung beteiligt. Es war unser grundsätzliches Arbeitsprinzip, das wir unsere Ziele klar benannt und konsequent vertreten haben, ohne uns in einer Fundamentalopposition einzurichten, bei der wir dann keinen Einfluss mehr auf das Geschehen im Rat gehabt hätten. So konnten wir auch als kleine Fraktion einen erstaunlich großen Teil unserer Anträge durchbringen. Mehr als die SPD, die ja immerhin die größte Fraktion stellte.

So haben wir es im dritten Anlauf (ja, alle guten Dinge sind mal wieder drei) geschafft, den Beitritt der Stadt Essen zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ durchzusetzen. Nachdem die Grünen zweimal ihre Zustimmung verweigert hatten, fielen sie beim dritten Mal wieder um. Diesmal immerhin in die richtige Richtung. Die Vermögenssteuer wird Essen über kurz oder lang auch dringend brauchen. Wir haben als Stadt Essen nämlich eine Zeitbombe im Keller liegen, in Gestalt eines dicken RWE-Aktienpakets. Die waren in den Büchern der Stadt Essen maßlos überbewertet, das heißt zu einem höheren Kurs verzeichnet, als bei einem Verkauf noch zu erzielen wäre. Wir meinten schon lange, dass die jetzt vorgenommene Abwertung unvermeidlich war. Denn nur wenn wir ehrlich zu uns sind, können wir die Probleme wirksam angehen und falsche Lösungen entlarven. Die Kürzungen, unter denen Essen leidet, helfen nämlich überhaupt nicht. Das sind minimale Beträge im Vergleich zum laufenden strukturellen Defizit und anderen Problemen. Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform, und die Vermögenssteuer ist ein Baustein, der das dafür

dringend benötigte Kapital in die öffentlichen Kassen spülen könnte. Um das allgemeine Kürzungskonzert, von dem sich die Ratsmehrheit nicht abbringen ließ, etwas zu dämpfen, haben wir regelmäßig bei den Haushaltsberatungen gefordert, auf Einnahmeverbesserungen statt auf Kürzungen zu setzen und hierfür konkrete Vorschläge gemacht, etwa eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer. Aber damit sind wir wohl unserer Zeit voraus. Wie sagten schon die Großstadt-Indianer? „Erst wenn der letzte Mitarbeiter entlassen, das letzte Schwimmbad geschlossen, das letzte öffentliche Gebäude verkauft und die letzte Busverbindung eingestellt ist, werdet Ihr feststellen, dass Kürzungen den Haushalt nicht sanieren.“

Auch sonst haben wir vieles früher gemerkt als andere. So protestierten wir bereits vor einem Jahr gegen Kürzungen bei Lebensmittelkontrolleuren - lange vor dem Burger-King-Skandal. Noch davor haben wir für das Haus der Essener Geschichte vernünftige Öffnungszeiten gefordert, als sich das Ausmaß des personalpolitischen Desasters in diesem Beispiel nur erahnen ließ. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode haben wir auf die Missstände bei den Schultoiletten hingewiesen. Der Verwaltung war's egal, der CDU damals auch. Es wurde fleißig beschönigt. Aus Angst um den Ruf ihrer Schulen verstummten dann auch die Elternvertreter. Als soziale Kraft haben wir unter anderem ein bezahlbares Sozialticket gefordert und uns für die Vermeidung von Energie-sperren nach dem Saarbrücker 4-Punkte-Modell eingesetzt. Den Antrag Essens, Options-

kommune zu werden, haben wir von Anfang an abgelehnt und kritisiert. Das Chaos und die Sparbemühungen auf Kosten der Leistungsberechtigten nach dem „Erfolg“ des Antrages haben uns in unserer Haltung leider bestätigt. In Sachen Transparenz haben wir uns mit dem „Rasi-Protokoll“ einen Namen gemacht, das offenbar mehr Menschen erreicht als die Online Übertragung der Ratsitzungen (die wir natürlich auch unterstützten). Auch in Sachen EBE spielten wir durch unsere hartnäckigen Anfragen im Rat und seinen Ausschüssen eine positive Rolle und haben auch frühzeitig auf die Verstrickungen der CDU hingewiesen. Ohne uns wären weit weniger Details ans Licht gekommen. Natürlich waren wir uns in der letzten Ratsfraktion nicht in allen Fragen einig. Dazu zählte die Bebauung der Grünen Harfe, der „Stärkungspakt“, bei dem wir uns nur enthalten haben, obwohl die Mehrheit unserer Fraktion gegen den Beitritt war, oder die unlängst erfolgte Vergabe der Stromkonzession über eine Ausschreibung. Auch in der Mitgliedschaft unserer Partei gibt es zu diesen Fragen unterschiedliche Auffassungen. Und trotz des gelegentlich auch öffentlich ausgetragenen Streits können wir uns zugute halten, dass sich die LINKE Fraktion daran nicht zerlegte, wie es viele gehofft, erwartet oder befürchtet hatten.

Insgesamt können wir ohne Übertreibung sagen, dass wir frischen Wind in den Rat gebracht haben. Ohne uns wäre vieles schlimmer, oft unübersichtlicher, auf jeden Fall aber langweiliger geworden. Darum bitten wir, auch wenn die Arbeit in den nächsten Jahren z.T. von anderen Genossinnen und Genossen fortgesetzt wird, um Eure Stimme für den kommenden Rat.



## Die Jugend wählt LINKS!

Deine Schule ist extrem heruntergekommen, und die Biostunde fällt seit Wochen aus. Die Aussichten, eine Ausbildungsstelle oder den gewünschten Studienplatz zu bekommen, sind schlecht. Du leidest unter zunehmendem Stress durch G8 und Konkurrenz? Deine Perspektiven verschlechtern sich immer weiter? Das alles stinkt Dir gewaltig?

Es gibt vieles zu bemängeln. Aber nur wer versucht, an den Missständen etwas zu ändern, darf sich beschweren. In Deiner Stimme steckt die kleine Chance darauf, dass sich etwas verändert. Diese Chance wegzwerfen wäre doch verantwortungslos, oder? Durch Dein

Votum gewinnt die von Dir gewählte Partei an Repräsentanz hinzu und kann mehr politischen Druck in Deinem Sinne ausüben. Je stärker eine Partei ist, desto eher kann sie etwas verändern - unabhängig davon, ob sie in Regierungsverantwortung steht oder nicht. Allerdings sind die Mittel der Parlamente begrenzt. Egal, wie stark gewählt wird: Ohne eine veränderte Gesellschaft werden sich die Verhältnisse nie zum Guten wenden. Deshalb steht die Linksjugend [solid] Ruhr für eine intensive Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen. Um diese Zusammenarbeit zu stärken, rufen wir dazu auf DIE LINKE zu wählen, als einzig wählbare Alternative. Die anderen Parteien haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass sie keine Politik zum Wohle Aller machen. Sie betreiben ihre eigene Klientelpolitik, die darauf abzielt, die herrschenden Verhältnisse zu festigen. Arm bleibt arm und reich bleibt reich - vor Ort, in Deutschland und überall auf der Welt. Dazu ist auch häufig das Mittel des Krieges recht.

DIE LINKE hingegen steht für ein komplett anderes Modell. Sie will Armut bekämpfen und Frieden schaffen. Mittels einer veränderten Wirtschaftsordnung soll dafür Sorge getragen werden, dass jeder und jede die Möglichkeit erhält, sich frei zu entfalten DIE LINKE ist die demokratischste aller Parteien. Sie steht wie keine andere für die im Grundgesetz verankerten Menschen- und Bürgerrechte, die tagtäglich für Wirtschafts- und Machtinteressen verletzt werden. DIE LINKE weiß, dass echte Demokratie nur in einem Land ohne Kapitalismus und Klassengesellschaft möglich ist. Dafür tritt sie ein. DIE LINKE steht für eine soziale, zukunftsfähige Politik für alle. Eines Tages hast Du Post im Kasten. Darin wird Dir mitgeteilt, zu welchem Wahllokal Du gehen musst. Das kann man sich nämlich nicht aussuchen. Am Wahltag hast Du zwischen 8



und 18 Uhr Zeit, Deine Stimme abzugeben. Für die kommende Kommunalwahl musst Du 16 Jahre alt sein, für die Europawahl 18. Personalausweis, Reisepass oder Führerschein nicht vergessen! Wenn Du am 25. Mai keine Zeit hast, ins Wahllokal zu gehen, kannst Du vorher die Briefwahl beantragen oder gleich ins Wahlamt gehen (Kopstadtplatz 10). Bei der Kommunalwahl gibt es zwei Stimmen, eine für den Rat und eine für die Bezirksvertretung. Mit der einen wählst Du eine DirektkandidatIn bzw. einen Direktkandidaten für den Rat der Stadt in Deinem Wahlbezirk und damit gleichzeitig die Ratsreserveliste dieser Partei. Diejenige KandidatIn bzw. derjenige Kandidat mit den meisten Stimmen gilt als „direkt gewählt“ und zieht in den Stadtrat ein, dies sind 41 Leute. Die anderen 41 Ratsmitglieder kommen dann von der Reserveliste der Parteien. Dabei gibt es bei einer Kommunalwahl keine Prozenzhürde. So manches Politikergeschwafel wirkt weltfremd: In Afghanistan herrscht angeblich „kein Krieg“, die Renten sind sicher“ und von Hartz4 soll man leben können. Das sind Aussagen, die eine menschenfeindliche Politik in gutes Licht rücken sollen. Deshalb ist immer, wenn einE PolitikerIn den Mund aufmacht, Vorsicht und kritische Überprüfung geboten. Im diesem Jahr wurden

die Gehälter der Bundestagsabgeordneten mal wieder erhöht - auf 8.252 Euro brutto, 2015 auf 9.082 Euro. Das ist eine Menge Geld. Einem Abgeordneten der LINKEN bleiben nach Abzug aller Steuern, Spenden und der Abgaben, die er an die Partei entrichtet, „nur“ ca. 3.000 Euro. Das ist immer noch viel und genug, um die finanzielle Unabhängigkeit der Abgeordneten zu sichern. Manchen Politikern der anderen Parteien reicht das aber noch nicht - sie nehmen neben ihrer Abgeordnetentätigkeit noch Posten in Aufsichtsräten oder anderen Gremien wahr, die fette Summen in ihre Taschen spülen. Auf diese Weise übt die Wirtschaft alarmierend viel politischen Einfluss aus. Wir als Linksjugend rufen zur Wahl der LINKEN Essen auf, weil wir der Meinung sind, das wir nur mit einer starken Linken die Kräfteverhältnisse in unserer Stadt verändern können. Freiräume für Künstler, Jugendliche und Vereine. Eine Stadt, wie wir sie uns vorstellen. Orte des Verweilens, an denen nicht direkt konsumiert werden muss - das sind unsere Vorstellungen einer lebenswerten Stadt. DIE LINKE Essen unterstützt uns dabei.

Vor kurzem wurde durch die EU-Kommission ein Hilfspaket für Jugendliche geschnürt. Doch die versprochenen 45 Milliarden Euro sind wie schon der 2012 verabredete „Wachstumspekt“ nur eine Mogelpackung. Um genug Arbeit für alle jungen Menschen zu schaffen, muss die Kürzungspolitik gestoppt werden. Nötig ist zudem ein massives Investitionsprogramm, das zukunftsfähige Arbeitsplätze in den jetzigen Krisenländern schafft. Ohne einen radikalen Kurswechsel bleibt die EU ein Projekt, das für die Jugend Europas vor allem Verarmung und Perspektivlosigkeit bedeutet. Politisch steht ein wirtschaftliches und politisches Zentrum mit Kritik der real existierenden EU-Politik Deutschland, Frankreich und den Benelux-Ländern

die Peripherieländer. Dieses Auseinanderdriften bedeutet eine Gefahr für die an sich gute Idee eines geeinten Europas, die mit der EU nur unzureichend umgesetzt wird. Die Folgen sind politische Ohnmachtsgefühle und das Erstarken neofaschistischer Kräfte, die mit ihrer pseudo-antikapitalistischen Kritik vor allem versuchen, Jugendliche anzusprechen. Wir sagen Nein zu Rüstungsexport und Kriegseinsätzen. Nein zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr und zu einer EU-Armee. Eine wirkliche Demokratie von unten ist nur mit der Bereitschaft, radikal mit dem Kapitalismus zu brechen, zu erreichen. Dazu gehört ebenso die radikale Ablehnung der EU als einer systemtragenden, damit neoliberalen, militaristischen und undemokratischen Institution. Wir sagen Nein zum Europa der Banken und Konzerne und wollen einen Neustart der Europäischen Union. Die Wahl von Alexis Tsipras zum Spitzenkandidaten der Europäischen Linken (EL) ist ein wichtiger Schritt zu einer gemeinsamen linken Kampagne gegen die Troika-Politik. Sie kann der Startpunkt für eine breitere Bewegung für einen Neustart eines gemeinsamen Europa sein. Ein Neustart, der mit der Kürzungspolitik bricht und alle Maßnahmen der Troika zurücknimmt. Eine solche Europäische Linke kann im Bündnis mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen deutlich machen, dass nationalisierende Parolen keine Alternative bieten, ein Bruch mit dem Kapitalismus notwendig und internationalistische Solidarität unerlässlich ist, um der Jugend Europas eine Perspektive zu geben. Darum am 25. Mai 2014 eure Kreuzchen bei Bezirks-, Kommunal- und Europawahl bei der Partei DIE LINKE machen, für eine starke antikapitalistische Kraft in den Räten und Parlamenten!



Im Gespräch: Fabio de Masi

Die europäische Idee, die Bundesregierung und DIE LINKE

25. Mai 2014 finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Wir sprachen mit Fabio de Masi. Der Ökonom ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von MdB Sahra Wagenknecht und kandidiert für DIE LINKE auf Listenplatz 6 auf der Europaliste der Partei.

Essener Morgen: In der Partei DIE LINKE wird viel über die Haltung zur EU diskutiert. Häufig werden Europa und die EU dabei gleichgesetzt. Kann es eine pro-europäische Linke geben, die trotzdem EU-kritisch ist?

Fabio de Masi: Eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent in Krisenstaaten hält keine Demokratie aus. Ein Projekt wie die EU erst recht nicht. Die Staats- und Regierungschefs versuchen über die europäischen Institutionen Angriffe auf den Sozialstaat durchzusetzen, die sie sich zu Hause nicht trauen. Die Bundeskanzlerin plant etwa mit dem Wettbewerbspakt „Troika für Alle!“ Sie will die Krise auch nach Deutschland holen. Der Pakt soll über die nationalen Parlamente hinweg den Generalgriff auf Löhne, Renten und Streikrecht in Deutschland sowie den anderen EU-Staaten verordnen. Im Gegenzug sollen Länder Mittel aus einem „Solidaritätsfonds“ erhalten. Gemeint ist Solidarität mit den Profitten der Konzerne. Aber auch die EU-Kommission oder der Europäische Gerichtshof sind wichtige Spieler. Sie setzen die asozialen EU-Verträge durch. DIE LINKE fordert

Seit dem 2. Weltkrieg haben EU-Staaten über 50 Kriege geführt. Die Regeln des europäischen Binnenmarktes erschweren auch das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete, weil der Umweg über EU-Staaten ohne derartige Beschränkung einfach ist. Und wir erleben gerade, wie Außenminister Steinmeier oder der SPD-Außenpolitiker Bartels die Bundeswehr auf Einsätze in Afrika vorbereiten bzw. ein militärisches Hauptquartier der EU einfordern. Essener Morgen: Was sind die Hintergründe? Fabio de Masi: Die Transatlantiker um Bundeskanzlerin Merkel und den einstigen Außenminister Westerwelle verspürten wenig Neigung, Frankreich bei seiner Interessenpolitik in Nordafrika militärisch zu entlasten, etwa in Libyen. Für sie galt zudem: NATO zuerst. Steinmeier versteht unter „europäischer Solidarität“ hingegen, dass Deutschland die militärische Beschränkung endgültig überwindet und über die EU-Battle-Groups auf der militärischen Ebene Frankreich entlastet bzw. mit Frankreich in einer Liga spielt. Essener Morgen: DIE LINKE kritisiert die neoliberaler Politik der EU und die sogenannten „Retzungspakete“ schon länger. Welche Alternativen gibt es? Fabio de Masi: Die vermeintlichen Rettungspakte haben nur Banken gerettet. Wir streiten für eine Stärkung der Binnenwirtschaft in Deutschland durch höhere Löhne und Renten sowie einen starken Sozialstaat. DIE LINKE kämpft u.a. für ein EU-weites Aufbauprogramm durch öffentliche Investitionen sowie direkte Kredite der Europäischen Zentralbank (EZB) statt Abhängigkeit der Krisenstaaten von Finanzmärkten und Banken. Wir fordern eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre sowie die Schruppfung, Regulierung und öffentliche Kontrolle des Finanzsektors. Dies erfordert die Haftung der Aktionäre und Gläubiger der Banken und die Trennung des Investmentbankings vom klassischen Bankgeschäft bzw. gar die Abwicklung von Wettbuden. Nur die Einlagen der Massenkunden und das seriöse Kreditgeschäft sind abzusichern. Bei der Deutschen Bank entspricht dies etwa



Fabio de Masi kandidiert auf Listenplatz 6 für die Europäische Linke im Falle seiner Wahl wird der gebürtige Hamburger sein Wahlkreisbüro in Nordrhein-Westfalen eröffnen.

Foto: Irina Neszeri

4 Prozent der Bilanzsumme von 1,8 Billionen Euro, der Rest ist Casino. Essener Morgen: Als EU-Parlamentarier bist Du auch mit den Auswirkungen der EU-Erweiterung befasst. Ist die Panikmache der CSU zur Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berechtigt? Fabio de Masi: Nein. Das Problem sind nicht die Zuwandernden, sondern Dumpinglöhne. Die Steuerzahler und Arbeitnehmer werden von den Arbeitgebern ausgebeutet – etwa über die Aufstockerei. Die Zahl der selbständigen Aufstocker unter Rumänen und Bulgaren

Das Problem sind nicht die Zuwandernden, sondern Dumpinglöhne.

Das Problem sind nicht die Zuwandernden, sondern Dumpinglöhne.

halber Staatshaushalt. Von den etwa 6,3 Millionen Hartz4-Berechtigten stammen gerade einmal 38.000 aus Bulgarien und Rumänien. Das entspricht etwa Ausgaben von 170 Millionen Euro. Etwa 90 Prozent der Bulgaren und Rumänen empfangen keine Sozialleistungen. Im Gegenteil: Sie finanzieren den Sozialstaat. Angenommen es kämen, nach der kühnsten Prognose, im nächsten Jahr 180.000 Rumänen und Bulgaren nach Deutschland, die alle Hartz4 beziehen – ein völlig unrealistisches Szenario –, dann würde das das etwa 810 Millionen Euro kosten. Mit anderen Worten: Dies kostete Deutschland selbst in 100 Jahren nur die Hälfte dessen, was die Steuermafia unter Patronage der CSU in einem Jahr anrichtet. Essener Morgen: Abschließend noch die Frage: Wie siehst du die Chancen für die linken Parteien bei den Europawahlen? Fabio de Masi: Die Herausforderung für die linken Parteien ist das zunehmende Zwei-Klassen-Wahl-system. Einkommensschwache bleiben den Europawahlen fern. Dies bedeutet, man braucht einen populären Wahlkampf mit wenigen Kernbotschaften. Wir erwarten große Erfolge unserer Schwesterparteien in Spanien und Griechenland. Und DIE LINKE will so stark werden wie bei den Bundestagswahlen. Die Chancen dafür stehen gut, wenn wir Oppositionsführer in der Europapolitik bleiben und uns von der SPD mit ihrer verantwortungslosen Europapolitik keine Phantomedebatten aufzwingen lassen.

Essener Morgen: Wie kann DIE LINKE auf derartige Kampagnen reagieren? Fabio de Masi: Wir müssen die CSU angreifen. Bei Horst Seehofer & Co. gilt immer noch: Wer wie Uli Hoeneß betrügt, fliegt erste Klasse. Deutschland verliert laut EU-Kommission jährlich über 160 Milliarden Euro wegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Das ist ein

Das hier leicht bearbeitete Interview erschien vollständig auf DIE FREIHEITSLIEBE.de.

AfD fischt in Essen ganz rechts

Rats-Spitzenkandidat soll wegen Rechtslastigkeit ausgeschlossen werden

„Mut zu Deutschland“, mit diesem Spruch tritt die „Aktion für Deutschland“ (AFD) am 25.5.2014 zur Europawahl an. Sie kandidiert auch für den Rat der Stadt Essen. Die Antifa Z hat jetzt enthüllt, dass unter den 41 Direktkandidaten der AfD sechs ehemalige Mitglieder der REP sind. Dazu gehört auch Rats Herr Günter Weiß, der fast 10 Jahre für die REP im Essener Stadtrat saß. Marco Trauten, Spitzenkandidat der AfD in Essen, verteidigte dies und erklärte gleichzeitig, dass die AfD viel von den Erfahrungen von Günter Weiß im Rat lernen könnte.

Da muss man sich schon fragen, was das sein soll. In den 10 Jahren im Rat hat Günter Weiß fast nie das Wort ergriffen – und wenn, dann ging es um Hetze gegen Flüchtlinge und Migranten, so dass ein Großteil der Ratsmitglieder den Saal verließ. Mehr noch: Marco Trauten verglich die Kritik an seiner Partei mit der Situation der Juden in der Nazi-Zeit. Dieser völlig unzulässige Vergleich kostete den 48jährigen jetzt das Amt als Kreissprecher der AfD. Der Landesvorstand der AfD entböh ihn von seinen Parteiämtern, gleichzeitig leitete er ein Parteiausschlussverfahren ein. Als Spitzenkandidat kann er jedoch nicht mehr von der Ratsliste gestrichen werden. Wer in Essen AfD wählt, wählt also ehemalige REP und einen Spitzenkandidaten, der selbst seiner rechtspolitischen Partei zu rechtslastig ist und ausgeschlossen werden soll. Da sollte man doch gleich die AfD rechts liegen lassen!

Wolfgang Freye

Ende der „militärischen Zurückhaltung“?

Von deutscher Verantwortung in aller Welt

In den letzten Wochen erleben wir einen bedeutenden Kurswechsel der deutschen Außenpolitik. Mehrere deutsche Spitzenpolitiker haben klar gestellt, dass Schluss sein müsse mit einer Politik der militärischen Zurückhaltung. Stattdessen wollen sie „mehr Verantwortung“ auf der Weltbühne übernehmen – auch und insbesondere in Afrika.

U Von MdB Niema Movassat

nd ob es Bundespräsident Gauck, ob es Außenminister Steinmeier oder aber die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist – für sie alle heißt Verantwortung offenbar schlicht: mehr deutsche Soldaten ins Ausland. Es vergeht zurzeit keine Woche im Hohen Haus, in der wir nicht irgendeinen neuen Auslandseinsatz der Bundeswehr diskutieren.

Insbesondere in Mali und der Zentralafrikanischen Republik möchte sich die deutsche Regierung ihrer „neuen Verantwortung“ stellen. Schauen wir uns die zwei geplanten Einsätze genauer an. Im Begründungstext der Regierung für den Bundeswehreininsatz in Mali ist zu lesen, dass die Bundesregierung damit den „europäischen Partnernationen den notwendigen Spielraum“ geben will, ihre „militärischen Beiträge“ in Afrika „neu zu priorisieren“. Übersetzt heißt das: Die Bundeswehr macht eine Ausbildungsmission für malische Soldaten – was kein Krieg ist, keine Frage. Gleichzeitig kündigt die Bundesregierung an, dass Sie damit explizit Frankreich den Rücken freihalten will. Dadurch trägt die Bundesregierung eine Mitverantwortung für die schmutzigen Einsätze dieser Ex-Kolonialmacht.

Dass Frankreich handfeste Eigeninteressen in Afrika verfolgt, ist nichts Neues. An einer Wiederherstellung der Souveränität Malis ist ihr auch im aktuellen Konflikt nicht gelegen. So ist Frankreich gerade dabei, mit Mali ein Militärabkommen abzuschließen, welches es den Franzosen erlaubt, dauerhaft eigenständige Militäroperationen auf malischem Hoheitsgebiet durchzuführen. Die Kosten für dadurch verursachte Schäden soll die malische Regierung aber selber zahlen. Mit ihrem Einsatz in Mali unterstützt die Bundesre-



Demonstration gegen Auslandseinsatz – hier Afghanistan

gierung genau dieses unverantwortliche Agieren Frankreichs! Ähnlich stellt sich die Lage in der Zentralafrikanischen Republik dar. Auch hier schlägt sich Deutschland eindeutig auf die Seite Frankreichs, das selbst eine große Verantwortung für die derzeitige Eskalation vor Ort trägt. Der deutsche Beitrag zur EU-Mission in der Zentralafrikanischen Republik ist zwar zweifelsfrei eher symbolisch: zehn Soldaten, zwei Transportflugzeuge, ein Sanitätsflugzeug. Keine Frage, Deutschland führt keinen Krieg in der Zentralafrikanischen Republik. Aber Deutschland ist Teil der EU-Mission, Deutschland wird in deren Führungsstab vertreten sein. Damit wird Deutschland auch die Kampfentscheidungen der EU-Mission mitbestimmen und somit zumindest Beihilfe zum Krieg leisten.

In Mali wie in der Zentralafrikanischen Republik schickt sich die Bundesregierung also an, dem wirtschaftlich angeschlagenen Frankreich dabei zu helfen, ihre neokoloniale Afrikapolitik fortzusetzen. Aber wir wollen gar nicht mit dem Finger nur auf Frankreich zeigen. Die deutsche Bundes-

regierung verfolgt mit ihrem Agieren auch handfeste eigene Interessen. Ihre Rhetorik und ihr Handeln erwecken den Eindruck, als wolle sie mit ihrem militärischen Eingreifen auch für Deutschland wieder einen „Platz an der Sonne“ sichern. Deutschland zeigt nicht nur eine neue militärische Präsenz auf der Weltbühne. Gleichzeitig kann die Bundeswehr dadurch auf afrikanischem Gebiet trainiert und damit auf weitere, zukünftige Auslandseinsätze vorbereitet werden. Auch vor diesem größeren strategischen Hintergrund ist sind diese Einsätze zu sehen.

DIE LINKE lehnt das militärische Eingreifen Deutschlands in Mali und der Zentralafrikanischen Republik klar ab. Stattdessen sollte Deutschland erstens mäßigend auf Frankreich einwirken, um deutlich zu machen: Es muss Schluss sein mit der neokolonialen Ausbeutung Afrikas! Zweitens darf Deutschland keine militärische Zusammenarbeit mit zwielichtigen Regimen in Afrika betreiben. Und drittens muss Deutschland aufhören, Waffen nach Afrika und sonst wohin auf der Welt zu schicken. Man weiß insbesondere bei Kleinwaffen

nie, wo sie am Ende landen. Das sind die modernen Massenvernichtungswaffen, die bei jedem Konflikt dabei sind. Sicherlich waren auch deutsche Kleinwaffen in den Händen der Seleka-Rebellen, die im März 2013 den Präsidenten Zentralafrikas stürzten und damit Chaos über das Land brachten.

DIE LINKE ist die einzige Fraktion im Bundestag, die sich klar gegen diese Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik stellt. Es gibt keine Verantwortung, mehr Soldaten zu entsenden, keine Verantwortung, sich verstärkt an Kriegen zu beteiligen. Militärische Einsätze lösen keine Konflikte. Stattdessen sollte Deutschland seine Verantwortung wahrnehmen, Krisenprävention zu betreiben sowie mehr humanitäre Hilfe in Krisengebieten zu leisten.

In diesem Jahr begehen wir den 100. Jahrestag des Beginns des ersten Weltkriegs. Gerade da wäre ein wenig Reflexion, wohin Krieg, wohin Interventionen, wohin der Einsatz militärischer Gewalt am Ende führen, dringend geboten.

Mehr Transparenz in der Politik

Viel zu häufig findet Politik in Hinterzimmern statt. Das jüngste Beispiel ist das transatlantische Freihandelsabkommen, das hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Doch es darf nicht sein, dass über die Zukunft Europas und die Ausrichtung der Europäischen Union nur einige wenige Minister debattieren, während die Bevölkerung Europas davon nichts mitbekommt.



Niema Movassat

und in der aktuellen Legislaturperiode. Abgeordnetenwatch ist zum Beispiel eine gelungene Plattform im Netz, auf denen man den Abgeordneten Fragen stellen kann, gerade jetzt auch den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl.

Auch Social Media sind eine tolle Möglichkeit, Informationen vorbei an den herkömmlichen Medien in die Öffentlichkeit zu bringen. Deshalb twittere ich auch und bin bei Facebook.

Hier melde ich mich auch mit Kurznachrichten aus den Sitzungen des Bundestages. Denn damit habe ich die Möglichkeit, kurz und prägnant Informationen rauszugeben und über die eigene Haltung zu informieren. Natürlich sollte man dabei noch etwas von der politischen Debatte im Plenarsaal mitbekommen ...

Wer mehr wissen möchte, kann mich auch auf meiner Website besuchen (www.movassat.de) oder Kontakt zu meinem BürgerInnenbüro aufnehmen: (0201-81337730 oder niema.movassat.ma06@bundestag.de).

Das Freihandelsabkommen TTIP

Freibrief für grenzenlosen Kapitalismus?

Von Artur Schwarz

Seit Mitte 2013 führen EU und USA Verhandlungen über die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz TTIP. Entstehen soll die größte Freihandelszone der Welt mit ca. 45 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Dabei geht es nicht etwa vorrangig um den Abbau der bereits heute niedrigen Zölle. Es geht vielmehr um so genannte „nicht-tarifäre“ Handelshemmnisse: Gesetze, Standards, Vorschriften, Zulassungs- und Kontrollverfahren, Verpackungs- und Informationsvorschriften. Geschaffen werden sollen gemeinsame Standards, um den freien Warenverkehr weiter auszubauen. Verhandelt wird hinter verschlossenen Türen ohne demokratische Kontrolle. Europäische oder nationale Abgeordnete erhalten bestenfalls gefilterte und vertrauliche Informationen. Öffentlichkeit verboten! Wirtschaftslobbyisten dagegen ha-

ben exklusiven Zugang zu den Dokumenten und dürfen sich einbringen. Resultat bei diesem Mix aus Geheimhaltung und Lobbyismus können nur Unternehmensgeschenke auf Kosten der Allgemeinheit sein, da eher die niedrigsten als die höchsten Standards angenommen werden. So müssen Chemietemperaturen in der EU bislang die Unschädlichkeit von Substanzen beweisen, damit diese zugelassen werden. In den USA dagegen muss ein Wirkstoff erst die Schädlichkeit nachgewiesen werden, damit er vom Markt genommen werden kann. In Europa unpopuläre Praktiken, wie das Grundwasser vergiften durch Fracking, können so gegen den Willen der Bevölkerung und gegen demokratische Entscheidungen eingeführt werden. Ebenso der Anbau genveränder-



Unser Autor ist aktiv in der Linksjugend [solid] und kandidiert für DIE LINKE auf Listenplatz 14 zum Rat der Stadt Essen.

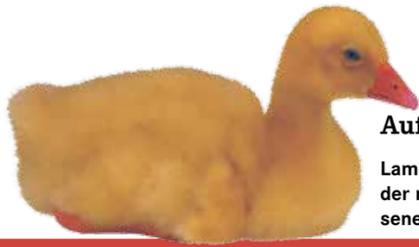
ter Pflanzen ohne Kennzeichnungspflicht – wie in den USA üblich. Zu erwarten ist auch das Unterbinden gewerkschaftlicher Vereinigungen und die Fortsetzung der Lohndumping-Spirale zugunsten der „Wettbewerbsfähigkeit“, wie wir sie bereits in Europa erleben. Eine „Agenda 2020“ bahnt sich an. Gesundheit wird zunehmend zur hochprofitablen Ware. Einsparungen bei Personalkosten mindern die Qualität des Gesundheitswesens. Erweiterte Patentrechte auf Medikamente und ein erschwerter Marktzugang für Generika lassen die Gewinne der Pharmaunternehmen in die Höhe schießen. Ausbau erneuerbarer Energien oder Stopp der geplanten Privatisierung der Wasserversorgung können neu verhandelt werden. Die Interessen der Konzerne soll ein Investitionsschutzabkommen sichern. Es schließt Gewin-

nenbußen durch neue Gesetze aus. Ein Staat kann verklagt werden wegen tatsächlicher oder zukünftiger Einbußen. Ein Schiedsgericht aus nur drei Anwälten entscheidet, ohne jede Revisionsmöglichkeit. Aktuelles Beispiel ist die Klage von Vattenfall über 3,7 Mrd. Euro gegen die Bundesrepublik wegen des Atomausstiegs, immerhin noch vor einem öffentlichen Gericht. Optimistische Prognosen der Befürworter entkräftet eine Studie der Austrian Foundation for Development Research (OFSE). In der Übergangsperiode würde es zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen mit Mehrausgaben von 14 Mrd. Euro und Einbußen von ca. 20 Mrd. Euro. Wegbrechende Zölle einnehmen würden den EU-Etat mit 2,6 Mrd. Euro belasten und den Handel innerhalb der EU weiter zurückgehen lassen. Besonders negativ betroffen wären die Schwellenländer durch Kapitalienkung. Profitieren werden nur die Un-

ternehmen, während die Mehrheit der Bevölkerung negativ betroffen sein wird. Deshalb fordert DIE LINKE den Stopp von TTIP und stattdessen klare Regeln zu Datenschutz, stärkerem Verbraucherschutz, strikter Regulierung der Finanzbranche, Stopp des Lohndumpings, Kooperation in Steuerfragen (contra Steuerbetrug) sowie das Verbot von Waffenexporten und eine gerechte und faire Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Wer TTIP stoppen will, beteiligt sich an den Petitionen und Kampagnen und wählt am 25. Mai 2014 DIE LINKE, da das TTIP durch das Europäische Parlament beschlossen werden muss. Hilfe von CDU, SPD und Co. ist nicht zu erwarten: Die Kanzlerin ist „Fan“ von TTIP: „Nichts wünschen wir uns mehr als ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten“. Angesichts ihres Ideals einer „marktkonformen Demokratie“ nur konsequent!

Ausgehtipp section with dates and events: Montag, 19. Mai, 19.00 Uhr; Dienstag, 20. Mai, 10.00 Uhr; Mittwoch, 21. Mai, 19.00 Uhr; Donnerstag, 22. Mai, ab 15.00 Uhr; Sonntag, 25. Mai, ab 17.30 Uhr; Freitag, 30. Mai, 16.00 Uhr; Samstag, 31. Mai, 10.00 bis 14.00 Uhr; Dienstag, 3. Juni, 10.00 Uhr; Donnerstag, 5. Juni, 19.00 Uhr; Mittwoch, 11. Juni, 19.00 Uhr; Montag, 16. Juni, 19.00 Uhr; Dienstag, 17. Juni, 10.00 Uhr; Mittwoch, 18. Juni, 19.00 Uhr; Samstag, 27. Juni, 16.00 Uhr; Donnerstag, 3. Juli, 19.00 Uhr.

## Die Kehrseite



### Aufgetaucht:

Lame Duck, zu deutsch: lahme Ente, Sinnbild eines Politikers, der nichts zu sagen hat. Ähnlichkeiten mit Personen des Essener öffentlichen Lebens sind rein zufällig!

### Abgetaucht:

Der letzte tapfere Verteidiger der sogenannten Messeertüchtigung für 123 Millionen Euro



### Abgehakt

# Wer hängt da tot über'n Zaun?

CDU-Oberbürgermeister Elbers aus Düsseldorf ist ein cleveres Kerlchen. Insbesondere der Wahlkampf scheint seine letzten Reserven zu mobilisieren. Zuerst die tolle Plakatkampagne mit dem hervorragenden Slogan „Achtung! Sie verlassen die schuldenfreie Zone Deutschlands“ (auf Deutsch und Englisch, versteht sich), den er an der Stadtgrenze zum Ruhrgebiet aufhängen ließ.

Nein, wie treffend! Und wie witzig! Noch witziger wäre jedoch gewesen, hätte er den klassischen, historisch verbürgten Text genommen: „Achtung, Sie verlassen jetzt den demokratischen Sektor!“ Zumal das Ruhrgebiet ja auch im Osten von Düsseldorf liegt.

Doch die Botschaft ist klar: Nur wo die CDU die Macht hat, herrschen demokratische und geregelte Zustände! Dumm nur, dass Essens Kämmerer auch von der CDU ist. Und ausgerechnet der sorgt dafür, dass Essen die am meisten verschuldete Stadt Deutschlands ist.

Aber Lars Martin nimmt es sportlich, wenn er aus Düsseldorf verar (pieep!) t wird: Also hier noch ein bisschen kürzen und da noch, und – schwupps – ist Essen auch schuldenfrei. „Was nimmt der Mann?“ fragen wir uns, wenn die Zahlen mal wieder zu Depressionen Anlass geben. Scheint jedenfalls zu wirken.

Derweil erntet Elbers heftigsten Protest aus dem Ruhrgebiet für sein Plakat. Doch unbedingt muss er noch einen draufsetzen. Im Ruhrgebiet, so tönte er, „möchte ich nicht tot über'n Zaun hängen“.

Und trifft so gegenüber dem Essener CDU-



Essener CDU-Chef Kufen ist solidarisch mit dem Ruhrgebiet und den Essenern: „Ich möchte hier tot über'n Zaun hängen!“. Und übt schon mal. Wir sagen: Bravo, Herr Kufen! Montage: © Fotos von Wolfgang Pfensig und Uschi Dreiuicker Pixelio.de

Chef Kufen unverhofft genau den richtigen Ton. Der möchte das nämlich auch nicht. Also überhaupt irgendwo tot über'n Zaun hängen.

Schon gar nicht im Ruhrgebiet, denn schon lange werden ihm ganz andere Ambitionen nachgesagt: Innenminister z.B. in einer schwarz-gelben, hm, geht nicht, schwarz-grünen, hm, geht auch nicht, oder

schwarz-roten NRW-Regierung, hm, geht vielleicht, aber nicht jetzt. Dann also doch ab nach Berlin, vielleicht findet sich da ein Zaun, über den zu hängen es sich lohnt. Wo doch schon keine Mauer mehr da ist ...

Nur muss er bis dahin die lästigen Verpflichtungen in Essen los werden: Seine Parteifreunde drängen ihn, als OB-Kandidat anzutreten. Die CDU hat sonst keinen,

und als jetziger Fraktionschef wäre das mehr oder weniger sein Job. Was tun, Herr Kufen?

Falls gar nichts klappt, hier unser Trost. Wir als ehrlicher und direkter Menschenschlag fühlen mit Ihnen und laden Sie ein: Hängen wir gemeinsam – ganz solidarisch – zuhause im Revier tot über'n Zaun. Denn Totgesagte leben länger!

## Frank & Frei

	Ratmitglieder	Sachkundige Bürger	Gesamt
SPD	41.654,50 €	8.127,50 €	49.782 €
CDU	42.204,50 €	14.712,50 €	56.917 €
Grüne	13.055,00 €	15.404,00 €	28.459 €
LINKE	6.405,00 €	18.496,00 €	24.901 €
FDP	7.717,50 €	19.332,00 €	27.050 €
EBB	3.570,00 €	52.704,00 €	56.274 €

### EBBayer als Rechenkünstler

Da hat Bayer zum großen Wurf ausgeholt und alle Vorwürfe der LINKEN zu den üppigen Sitzungsgeldern mithilfe der WAZ gar flugs pariert. Alles halb so wild? Nun ja, wir haben uns die Mühe gemacht, die Sitzungsgelder auf Wählerstimmen umzurechnen. Die EBB kostet die Stadt pro Wählerstimme Sitzungsgelder von 6,34 Euro, knapp gefolgt von der LINKEN mit 2,08 Euro. Ganz am Ende steht die SPD mit 0,62 Euro pro Wählerstimme. Ein Lob der Effektivität!

### Berauscht und voll daneben – Folge 1

Ratssitzung vom 9. April 2014, alles wartet gespannt auf die Debatte zur Tagesordnung. Da erläutert OB Reinhard Paß, der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf legale Verkaufsstellen für Cannabisprodukte käme erst ganz am Ende der öffentlichen Sitzung spät am Abend an die Reihe. Aber dank Aufzeichnung und Übertragung im Internet ließe sich das ja auch später noch genießen. Und wie: na klar, ganz „entrückt von Zeit und Raum“.

### Wer glaubt an den Osterhasen?

Offenbar die CDU, die zu Ostern mit einem Schmusehäschen auf dem Plakat das Rennen um die Plätze eröffnete. Aber das Spiel läuft wohl wie bei: guter Cop – böser Cop. Wer den Schmusekurs nicht glaubt, für den paradiert Thomas Kufen vor Polizeiautos am Hauptbahnhof, um mehr „Sicherheit“ zu versprechen. Obwohl doch das Land und nicht er als OB in spe für die Polizei zuständig ist. Da loben wir uns das Schmusehäschen, das ist realistischer.

### Berauscht und voll daneben – Folge 2

Herr Doktor Krüger von der Fragen-Sie-Ihren-Arzt-oder-Apotheker-EBB-Fraktion betonte neulich im Rat, dass Essen nach den Kassenkrediten und den Hartz4-Empfängern nicht auch noch bei den Drogentoten ganz vorne dabei sein dürfe. Auf den Einwurf, wie viele Hanftote es denn gäbe, musste er leider eingestehen: „Null“. Es geht doch nichts über Kompetenz in der Sache!

Jetzt Termin vereinbaren!  KUECHEN-QUELLE

[www.kuechen-quelle.de](http://www.kuechen-quelle.de)  
0 2020-50 50 606 kuenne

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS  EBB Bürger. Politik. Zukunft. Für unsere Stadt. EBB.

### Wer hat da bei wem abgekupfert?

Schon ziemlich ähnlich, Quelle und EBB, oder? Reiner Zufall oder hat hier vielleicht Quelle das erfolgreiche EBB-Design geklaut?

## Rätsel-Ecke

### Tippe das Wahlergebnis

Beim letzten Mal gewann mit dem neunbuchstabigen Wort „Mohikaner“ Bernd B. (Haarzopf) den ersten Preis, M. Bühner (Stadtteil zu ergänzen) mit den meisten Worten den zweiten Preis. Herzlichen Glückwunsch.

Tippen Sie diesmal mit, welche Wahlergebnisse DIE LINKE bei der Kommunalwahl und bei der Europawahl einfährt. Alle Angaben bitte in Prozent mit einer Stelle hinter dem Komma. Schreiben Sie einfach

„Kommunalwahl: ??? Prozent  
Europawahl: ??? Prozent“

in eine E-Mail oder auf eine Postkarte an: Essener Morgen, DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essener-morgen@dielinke-essen.de. Bitte den Absender mit Adresse nicht vergessen, damit wir Ihren Gewinn auch zustellen können.

Es gewinnt den ersten Preis diejenige Einsendung, die am nächsten am Kommunalwahlergebnis liegt:



Das Buch „Rot-Weiss Essen, Die 70er. Mythen. Legenden.“ von Karsten Kiepert über die große Zeit von RWE. Es gewinnt den zweiten Preis diejenige Einsendung, die am nächsten am Europawahlergebnis liegt: das Buch „Rot-Weiss Essen, Die 70er. Interviews mit Legenden“ vom gleichen Autor.

Einsendeschluss ist der 25. Mai 2014, 17.00 Uhr. Diesmal dürfen alle mitmachen, sogar die Angehörigen der Redaktion. Mündliche Überlieferungen können aber nicht entgegen genommen werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß!

### Was ist Leben?

Von Erich Fried

Leben  
das ist die Wärme  
des Wassers in meinem Bad

Leben  
das ist mein Mund  
an deinem offenen Schoß

Leben  
das ist der Zorn  
auf das Unrecht in unseren Ländern

Die Wärme des Wassers  
genügt nicht  
Ich muss auch drin plätschern

Mein Mund an Deinem Schoß  
genügt nicht

Ich muss ihn auch küssen

Der Zorn auf das Unrecht  
genügt nicht

Wir müssen es auch ergründen

und etwas  
gegen es tun  
Das ist Leben